

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/6

Bonn, den 10. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Der Sendungsglaube des Ludwig Erhard</u> Von Dr. Wolfgang Stammberger, MdB, Vormals Bundesminister der Justiz	97
2a	<u>Falsche Information durch Fernsehkommentar</u> Die Kontroverse Erhard - Lübke	20
2a	<u>Paßentzug</u> Zum Ausreiseverbot von Kardinal Wyszynski	24
3	<u>OB Martha Fuchs †</u> Braunschweigs "Stadtmutter" ist nicht mehr	53
4	<u>Die Entscheidung von Neapel</u> Stärkung der Demokratie in Italien	31
5 - 6	<u>"Recht und Ordnung" in Rhodanien</u> Internationale Juristenkommission der UNO zeigt Mißstände auf Von Pierre Simonitsch, Genf	64

+ + +

Der Sendungsglaube des Ludwig Erhard

Von Dr. Wolfgang Stammberger, MdB,
Vormals Bundesminister der Justiz

Altbundeskanzler Konrad Adenauer hat das Feuerwerk der Veranstaltungen zu seinem 90. Geburtstag mit einer Rakete eigener Art eröffnet: Er forderte zum wiederholten Male eine große Koalition! Die Gründe allerdings, die er dafür angab, vermögen nicht recht zu überzeugen. Die SPD hat niemals bestritten, daß sie eine Finanzreform und eine Notstandsverfassung für notwendig erachtet. Sie hat ihre erforderliche Zustimmung zur Verfassungsänderung aber davon abhängig gemacht, daß man sie auch bei dem Erlaß der dieser Verfassungsänderung folgenden Gesetze zu Rate zieht und ihre sehr klaren Vorstellungen zu beiden Problemkreisen berücksichtigt. Es ist nicht einzusehen, warum die SPD diese ihre Ansicht als Preis für eine Beteiligung an der Bundesregierung ändern sollte.

Der eigentliche Grund für Adenauers Forderung, den er jedoch verschwieg, ist dennoch klar ersichtlich: der Kanzler einer solchen Koalition würde niemals Ludwig Erhard heißen. Adenauers Geschloß traf und verletzte tief. Die Geschosse aber kommen nicht nur von ihm - der mehr als peinliche Zwischenfall bei dem Neujahrsempfang des Bundespräsidenten hat es deutlich gemacht.

"Der Nimbus des Volkskanzlers ist dahin", sagte Fritz Erler in der Debatte über die Regierungserklärung; er hatte Recht, man spürt es täglich mehr.

Aber hatte Erhard diesen Nimbus denn wirklich in seiner Tätigkeit als Kanzler erworben? Zehrte er dabei nicht vielmehr von seinem Ruhm als vermeintlicher "Vater des Wirtschaftswunders"? Wurde mit dem Hinweis hierauf nicht jegliche Kritik an seiner Amtsführung als Kanzler im Wahlkampf zurückgewiesen? Wollte man die Wähler nicht glauben machen, daß Erhard durch den Kanzlerwechsel 1963 nur als Nachfolger die Erbschaft Adenauers zu verwalten habe, sich jedoch im Falle eines Wahlsieges als "Kanzler aus eigenem Recht" ebenso bewähren werde wie als "Vater des Wirtschaftswunders"? Werden aber nicht gerade daran jetzt die Zweifel laut, da unsere wirtschaftliche Entwicklung deutlich macht, daß einfaches Treibenlassen keine "Wundertat" ist?

Die Stimmung ist umgeschlagen, die Kritik wächst von Tag zu Tag. Die Gründe?

- * Konzeptlose Passivität in der Politik,
- * Seelenmassage statt dringend notwendiger Maßnahmen als "Regierungstil",
- * schwülstiges Pathos in der Rede,
- * Selbstergefälligkeit und Selbstgerechtigkeit in der Beurteilung anderer,
- * Verspielen des bei der Bundestagswahl empfangenen Vertrauenskapitals -

das ist etwa die Bilanz der Kommentare der letzten Wochen.

Diese Kritik ist politisch durchaus zutreffend - menschlich aber ist man fast versucht, mit Ludwig Erhard Mitleid zu empfinden. "Der Bundeskanzler ist nun einmal überzeugt davon, daß er der beste Mann für die Bundesrepublik ist, und da kränkt ihn die Kritik." Dieser Ausspruch Rainer Barzels, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, läßt trotz seiner diplomatischen Formalisierung die wirkliche Tragik Ludwig Erhards durchblicken: er leidet an einem grenzenlosen Sendungsbewußtsein.

Unter vielen anderen Beweisen hierfür sei nur auf die psychologische Studie verwiesen, die das Fernsehgespräch mit Günter Gaus vom 10. April 1963 bietet: Erhard hat als seinen "politischen Stil" geschworen, Gerechtigkeit zu üben gegen jedermann und das deutsche Volk vor Schaden zu bewahren". Daher kann er es sich auch "in m e i n e n Reden leisten, m e i n e Zuhörer hart anzupacken, sie aber auch versöhnlich zu stimmen". Und schließlich erklärt er im Höhepunkt des Gespräches, daß er "Politiker" geworden sei "aus der Überzeugung heraus, daß m i r die Gabe verliehen ist, das Schicksal eines Volkes g n ä d i g zu gestalten".

Müssen wir unserem Schicksal nicht dankbar dafür sein, daß es uns gerade diese Gnade gewährt hat? Erhard war sicherlich dieser Meinung, als er in der Wahlnacht im Fernsehen kuldvoll erklärte, das Wahlergebnis habe "seine Persönlichkeit bestätigt".

So nur ist seine scharfe Reaktion auf seine Kritiker in Wahlkampf zu verstehen: Er hatte nicht "Spaß an der Freud" wie sein Vorgänger Konrad Adenauer; er spürte den Zweifel an seiner "Sendung", und so ergriff ihn "der heilige Zorn des Gerechten". So nur wird auch das Traumbild der "formierten Gesellschaft" verständlich, in der sich alle Interessengegensätze in gegenseitigem Wohlgefallen auflösen sollen.

Nun wäre es sicher ungerecht, nur Ludwig Erhard zum Prügelknaben zu machen für das, was geschehen ist und wohl noch geschehen wird. Daß aber sein mit viel Vorschußlorbeeren bedachter "neuer Stil" so sein würde, wußte schließlich jeder, der ihn näher kannte. Es hat daher auch im eigenen Lager nicht an Stimmen gefehlt, die vor seiner Wahl zum Kanzler warnten.

Aber die Koalitionsparteien, in der öffentlichen Meinung durch die "Spiegel-Affäre" und andere Karambolagen arg zerzaust, benötigten ein zugkräftiges Wahlsymbol für die harten Wahlauseinandersetzungen. Hier schien Ludwig Erhard der rechte Mann; unter den Rockschießer seiner Popularität hoffte man, die bevorstehenden Schlagwetter verhältnismäßig trocken überstehen zu können. Den besten Beweis für diese Absicht lieferte Erich Mende mit seiner bewunderungswürdigen Anpassungsfähigkeit: im Sommer 1963, nach seinem ersten Gespräch mit Erhard am Tegernsee über die Neubildung der Regierung nach dem Kanzlerwechsel, ließ er die Journalisten wissen, daß Erhard "die Ideallösung für die Kanzlernachfolge" sei. Wenige Monate darauf, auf dem Bundesparteitag der FDP in Duisburg, empfahl er dem staunenden Wähler sogar, "die FDP zu wählen, wenn er die Politik Ludwig Erhards wolle". So mutet es geradezu grotesk an, wenn ausgerechnet auf dem diesjährigen Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart gefordert wurde, "den Erhard-Mythos zu zerstören".

Die Wahllokomotive hat ihren Zweck erfüllt. Man sollte jetzt erwarten können, daß auch der Fahrplan eingehalten wird - doch die Lokomotive bewegt sich nicht, zumindest nicht über den Rangierbahnhof hinaus. Sollte da ein Stellwerk blockiert sein?

Falsche Information durch Fernsehkommentar

Die Kontroverse Erhard - Lübke

sp - Es ist nicht gut, wenn im Deutschen Fernsehen falsche Behauptungen aufgestellt werden, die bei Millionen Zuhörern und Zuschauern zu einer falschen Beurteilung einer bestimmten politischen Situation führen müssen. Dies geschah am vergangenen Samstagabend im Kommentar des Zweiten Fernsehens, als der Kommentator behauptete, Bundespräsident Lübke habe anlässlich des diplomatischen Neujahrsempfanges den Bundeskanzler zu einer Äußerung über die Frage "Große Koalition - ja oder nein" herausgefordert. Diese falsche Behauptung wurde nicht berichtigt. Tatsache ist, daß nicht der Bundespräsident den Bundeskanzler zu einer Stellungnahme herausforderte, sondern umgekehrt. Es war Bundeskanzler Erhard, der seine Ansprache anlässlich des diplomatischen Neujahrsempfanges beim Bundespräsidenten dazu benutzte, um erneut für den Bestand der jetzigen Koalition einzutreten. Erst in seiner Erwiderung nahm der Bundespräsident hierzu Stellung.

Es geht uns bei der Erwähnung dieses Vorfalles nicht um die Überlegung, ob der Bundespräsident oder der Bundeskanzler in der Sache "Recht" hat. Hier geht es nur um die Feststellung, daß die Fernsehzuhörer und -zuschauer eine falsche Information erhielten, die von der Redaktion der Fernsehanstalt nicht berichtigt wurde. Wir hoffen, daß diese Informationsmethode beim Zweiten Deutschen Fernsehen nicht Schule macht.

+ + +

Paßentzug

Zum Ausreiseverbot von Kardinal Wyszynski

sp - Lange Zeit hat die kommunistische Regierung in Warschau zu dem Einladungsschreiben der katholischen Bischöfe Polens an die deutschen katholischen Bischöfe anlässlich der in diesem Jahr fälligen Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens geschwiegen. Um so heftiger war denn die später erfolgte Reaktion. Sie erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Ausreiseverbot für Kardinal Wyszynski. Die erste Feier dieser Art in Rom wird ohne die Teilnahme des Kardinals stattfinden. Auf dem polnischen Episkopat lastet der schwere von der Regierung erhobene Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit, ein Vorwurf, der durch die Haltung Wyszynskis und der Bischöfe keine Berechtigung findet, hat er sich doch selbst in verschiedenen Reden zur Oder-Neiße-Grenze als einer Lebensfrage der Polen bekannt. Der diffamierende Vorwurf der Aufweichung und der nationalen Unzuverlässigkeit trifft also nicht zu, er dient nur als Vorwand. Offensichtlich blieb der Warschauer Regierung die tiefe Wirkung des Einladungsschreibens an die deutschen Bischöfe mit der darin enthaltenen Bitte um Vergebung und Versöhnung im polnischen Volk nicht verborgen. Seinen Inhalt und auch die Antwort der katholischen Bischöfe Deutschlands durften die polnischen Zeitungen nicht veröffentlichen, aber er wurde durch Predigten von vielen Kanzeln in überfüllten Kirchen den Gläubigen vertraut gemacht. Dies ging wohl der Warschauer Regierung wider den Strich. Im kommunistischen Vokabular kommen Worte wie Vergebung und Versöhnung nicht vor. Die unbefristete Paßsperrre für den Kardinal läßt auf eine wachsende Verhärtung des ohnehin diffizilen Verhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche in Polen schließen.

+ + +

OB Martha Fuchs +

Braunschweigs "Stadtmutter" ist nicht mehr

sp - Martha Fuchs, Oberbürgermeisterin der Stadt Braunschweig bis 1964, ist von uns gegangen. Nur scheinbar von einer schweren Krankheit genesen, entschlief sie unerwartet am Abend des 7. Januar. Gemeinsam mit Freunden hatte sie heiter den Abend verbracht; plötzlich und schmerzlos schloss sie die Augen. Sie ist ihrer lebensbejahenden Art bis zuletzt treu geblieben. Auch ihrem mutigen Geist, ihrer starken, stets realistischen Willenskraft: Sie hatte ihrem Tod ins Auge geblickt, hatte sich und ihre Angehörigen auf ihn vorbereitet, furchtlos. Sie starb, wie sie gelebt hat, klaglos und ungebrochen.

1893 im sächsischen Grubschütz geboren, wuchs Martha Fuchs im kleinen Gasthof ihres Vaters in Bautzen auf - einem Treffpunkt der Arbeiter und Sozialdemokraten. Sie war noch ein Schulkind, als ihre Mutter starb und Martha die Sorge für die jüngeren Geschwister übernahm. Dem Mädchen Martha war keine rosige Jugend beschieden; früh schon entfaltete es seinen wesentlichsten Charakterzug, den der Mütterlichkeit, der Sorge und Verantwortung für andere.

Als Martha Fuchs ihren 70. Geburtstag feierte, kam ein Grüppchen von Menschen um die Fünzig ins Braunschweiger Rathaus, um ihr noch einmal zu danken: Jahrzehnte zuvor hatte sie als Armen- und Waisenschwermutter in der Stadt diese Menschen; damals Waisenhausinsassen, von der erdgrauen Uniform befreit und ihnen richtige, bunte Kinderkleidung verschafft. Solcher Geschichten, die kennzeichnend sind für das Wesen dieser Frau, gibt es viele.

Nach Braunschweig kam Martha Fuchs 1923 als Frau des "Volksfreund"-Redakteurs Georg Fuchs. Schon 1925 wurde sie ins Braunschweiger Stadtparlament, 1927 in den damaligen Braunschweigischen Landtag gewählt. 1933, als sie ihre Stellung als Gewerbebeamtin und alle Funktionen verlor, brachte sie sich und die Kinder als Vertreterin durch - eine Tätigkeit, die sie nützte, um die Verbindung unter den politischen Freunden aufrechtzuerhalten. Bis sie 1944 nach Ravensbrück geschickt wurde; dort brachte man sie physisch an den Rand der Vernichtung, doch ihr Mut, ihre Ausdauer, ihr unbeugsamer Wille war vielen Halt und Vorbild. 1945 war sie wieder da, als in Braunschweig die SPD neu gegründet wurde und der Wiederaufbau begann; sie wurde Ministerin für Wissenschaft und Volksbildung im damaligen Lande Braunschweig und übernahm in der ersten niedersächsischen Landesregierung das schwere Ressort des Flüchtlingswesens.

1952, nach längerer, schwerer Krankheit, wurde Martha Fuchs wieder in den Rat Braunschweigs gewählt und widmete nun der Stadt ihre ganze Kraft. Schnell wurde sie zur allseits geliebten und geachteten "Stadtmutter", als sie 1959 in der Nachfolge Otto Bennemanns Oberbürgermeisterin wurde - neben der Sozialdemokratin Luise Albertz in Oberhausen zweites weibliches Oberhaupt einer deutschen Großstadt. Selbstlos und unerwüdlich hat Martha Fuchs ihre ganze reiche, starke Persönlichkeit in diese Aufgabe gesetzt. Menschliche Güte und sachlicher Wirklichkeitssinn, politisches Zielbewußtsein und ein klarer Verstand zeichneten diese Persönlichkeit aus; vor allem aber waren es ihr nie versiegender Humor und ihr nie versagendes Verständnis für alles Menschliche, woraus sie ihre Kraft schöpfte.

Die große Leistung dieser Frau trug ihr das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland und die Liebe ihrer Braunschweiger ein. Die Stadt, das Land Niedersachsen und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verlieren mit ihr eine ihrer Besten.

Die Entscheidung von Neapel

Stärkung der Demokratie in Italien

E.D. - Die Rede des Generalsekretärs der Sozialdemokratischen Partei Italiens, Mario Tanassi, über die organisatorischen und politischen Vereinigung seiner Partei mit der Sozialistischen Partei Italiens, ist für die weitere innenpolitische Entwicklung Italiens von entscheidender Bedeutung. Die Delegierten des Sozialdemokratischen Parteitages in Neapel haben die Rede ihres Generalsekretärs mit großem Beifall aufgenommen. Es läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß den Vorbereitungen für die Vereinigung beider Parteien nichts mehr im Wege steht. Allerdings haben die Sozialdemokraten in Neapel sehr deutlich und für jeden in Italien selbst und auch im Ausland verständlich die Auffassung vertreten, daß die Vereinigung der beiden Parteien in erster Linie der Stärkung der demokratischen Struktur dient.

Die Anwesenheit des SPD-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Neapel wurde von den Delegierten als ein bedeutsames Zeichen dafür gewertet, daß die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie in Italien und Deutschland sehr eng und sehr herzlich sind. Willy Brandt dankte in seiner Ansprache den italienischen Freunden für ihre Unterstützung der legitimen Interessen Berlins und des Freien Deutschland. Zugleich unterstrich Willy Brandt die Bedeutung, die der Mitarbeit italienischer Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft für die deutsche wie für die gesamteuropäische Entwicklung zukommt. Der SPD-Vorsitzende erinnerte an die gemeinsamen Schicksale zahlreicher Mitglieder in beiden Parteien in den Jahrzehnten der Diktatur. Die italienischen Sozialdemokraten haben die Verbundenheit ihrer deutschen Freunde mit Anerkennung aufgenommen.

Es kann damit gerechnet werden, daß sich nach diesem Parteitag ein neues Kapitel in der italienischen, aber auch gesamteuropäischen Politik eröffnen wird.

"Recht und Ordnung" in Rhodesien...

Internationale Juristenkommission der UNO zeigt Mißstände auf

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die Internationale Juristenkommission macht sich Sorgen über die letzten Entwicklungen in Rhodesien. Sie befürchtet aufgrund der vorliegenden Informationen, daß rhodesische Rechtsanwälte, die zur Übernahme der Verteidigung in Fällen mit politischem Einschlag bereit sind, von einem Verbot oder einer Behinderung weiterer Berufsausübung bedroht werden.

Anwalt verhaftet

Eine der ersten Handlungen der rhodesischen Regierung nach ihrer einseitigen Unabhängigkeitserklärung bestand darin, einen bekannten Anwalt namens Leo Baron, der hauptsächlich von den afrikanischen Nationalisten um Rechtsbeistand ersucht wurde, in Haft zu nehmen. Das Bulletin der Internationalen Juristenkommission spricht unumwunden den Verdacht aus, daß Baron wohl deshalb verhaftet wurde, weil er als einer der wenigen der in Rhodesien praktizierenden Rechtsanwälte die Vertretung von afrikanischen Nationalisten übernahm - deren Unterdrückung die erklärte Absicht der Regierung in Salisbury ist - und weil er in mehreren Fällen Erfolge verbuchen konnte.

Gegen Zwangsaufenthalt...

Gegen Leo Baron wurde bereits im Mai 1965 mit Bezugnahme auf das "Gesetz zur Erhaltung von Recht und Ordnung" die Aufenthaltsbeschränkung verfügt. Dieses Gesetz vom Jahre 1960 ermächtigt in seiner abgeänderten Fassung den "Minister für Gesetz und Ordnung", einer Person für eine Dauer bis zu fünf Jahren einen Zwangsaufenthalt zuzuweisen, wenn dies nach seiner Auffassung erforderlich ist, "um Gesetz und Ordnung in irgendeinem Teil Rhodesiens aufrechtzuerhalten." Bis zu seiner Verhaftung durfte Leo Baron einen Radius von 15 Meilen um die Stadt Bulawayo nicht verlassen. In der Verfügung des Ministers hieß es:

- * "Meine Annahme, daß Sie sich aktiv mit Tätigkeiten identifiziert haben, die der Erhaltung von Recht und Ordnung in Rhodesien abträglich sind; stützt sich auf Informationen, die

- * mir vorgelegen haben und die ich wegen der vertraulichen
- * Natur ihres Inhaltes und ihrer Quelle nicht preisgeben kann.."

... keine Rechtsmittel

Das Gesetz sieht keine Rechtsmittel gegen eine Zwangsaufenthaltsverfügung vor. Der Betroffene kann lediglich eine Petition an den Minister richten. In seiner schriftlichen Eingabe erklärte Baron:

- * "Ich habe keine Ahnung, welche Informationen Ihnen vorgelegen
- * haben; es ist mir daher unmöglich, sie zu widerlegen. Ich er-
- * kläre jedoch kategorisch, daß ich mich zu keiner Zeit und in ke-
- * keiner Weise den mir zur Last gelegten Tätigkeiten hingeeben
- * habe und daß jede dahingehende Information falsch ist."

Er beantragte, das gegen ihn vorgebrachte Material solle einem ordentlichen Gericht unterbreitet werden, welches, falls es die Staatssicherheit erfordere, unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen könne, der Antrag wurde vom Minister abgelehnt.

Praktisch Berufsverbot für Juristen

Mit dem "Fall Baron" wollte die rhodesische Regierung zweifellos ein Exempel statuieren. Nach Ansicht der Internationalen Juristenkommission ist die indirekte Bedrohung des rhodesischen Juristenstandes vielleicht der empörendste Aspekt von Barons Freiheitsentzug. So hat es beispielsweise den Anschein, daß die afrikanischen Nationalisten, aber auch andere politischer Delikte Angeklagte, künftig nicht mehr die freie Wahl des Verteidigers haben werden. Seit ihrer "Notstandserklärung" vom 5. November 1965 kann die Regierung in Salisbury eine Person, gegen die Aufenthaltssbeschränkung verhängt wurde, daran hindern, mit Personen außerhalb des ihr erlaubten Kreises Verbindung aufzunehmen. Es kann also einem Anwalt unmöglich gemacht werden, mit seinen Mandanten zu korrespondieren, was in gewissen Fällen mit einem Berufsverbot gleichzusetzen ist.

Selbst in der Vergangenheit haben sich nur wenige rhodesische Juristen bereitgefunden, die Verteidigung der Hunderten von Afrikanern, gegen die seit einigen Jahren Aufenthaltsszwang und Haftbefehle verhängt werden, zu übernehmen. Es bleibt abzuwarten, ob nach dem Einsatz neuer Druckmittel noch Anwälte den Mut aufbringen werden, sich jener Fälle anzunehmen, die ihr Kollege Baron nicht mehr bearbeiten kann.